

JEMEN

Republikanischer Thronwechsel?

Nach 28 Jahren Regentschaft gehört Ali Abdullah Salih zu den dienstältesten Herrschern Arabiens, überrundet nur noch von Libyens Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi und dem Sultan von Oman. Ein Leben ohne Salih können sich die meisten der 20 Millionen Jemeniten kaum vorstellen, in ihrem Land ist der Präsident so allgegenwärtig wie ein Krummdolch im bestickten Gürtel jemenitischer Männer. Nun hat der Staatschef seine Ankündigung bekräftigt, bei der Präsidentenwahl im September nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Die eigene Partei, den Allgemeinen Volkskongress, hat er damit in helle Aufregung versetzt: Sie ist von der plötzlichen Entlassung aus der Unmündigkeit paralytisch und drängt Salih, sich erneut zur Wiederwahl zu stellen. Auch die oppositionellen Islamisten und Sozialisten halten sich bislang mit einer eigenen Kandida-



Salih-Porträt in Hudeida

tur zurück, sie zweifeln am Ernst von Salih's Rücktrittsabsichten. Viele glauben, dass sich der Präsident im „Interesse der nationalen Sicherheit“ doch noch einmal aufstellen lässt und das Terrain für seinen Sohn Ahmed vorbereitet, der bei den übernächsten Wahlen 2013 kandidieren könnte. Ein solcher Thronwechsel wäre in den arabischen Republiken nicht ungewöhnlich: In Syrien erbte Baschar al-Assad nach dem Tod seines Vaters Hafez dessen Amt, auch in Ägypten gilt es als wahrscheinlich, dass Husni Mubarak seinen Sohn Gamal zum Nachfolger kürt. Ahmed Salih ist schon jetzt Befehlshaber militärischer Spezialeinheiten im Jemen und Mitglied der Volkskongress-Partei. Auf die politische Zukunft seines Sohnes angesprochen, gab der Präsident bereits seinen Segen: „Wie jedem anderen Bürger des Jemen“ stehe es auch Ahmed frei, sich für das höchste Amt zu bewerben.



Polizist am Anschlagort in Kabithigollewa

SRI LANKA

Rückkehr zur Gewalt

Vier Jahre nach Beginn einer brüchigen Waffenruhe steht der Insel ein erneuter Ausbruch des Bürgerkriegs zwischen der singhalesischen Regierung und den tamilischen Rebellen bevor, nachdem vergangenen Donnerstag bei dem bisher blutigsten Anschlag der jüngsten Zeit 64 Menschen starben. Auf die Explosion von zwei Landminen neben einem Bus in Kabithigollewa im Nordosten Sri Lankas antwortete die Regierung mit Luftschlägen gegen Stellungen der Aufständischen. Zwar weist die Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) die Verantwortung für den Anschlag zurück und macht rivalisierende Splittergruppen verantwortlich – doch vieles deutet darauf hin, dass das Interesse von Guerilla-Chef Velupillai Prabhakaran an einer politischen Lösung des Konflikts geschwunden ist. Die LTTE hält nach Expertenmeinungen 12 bis 14 Prozent von Sri Lanka unter Kontrolle und möchte ihren Herrschaftsbereich lieber sichern, als sich auf ein Abkommen mit der Regierung einzulassen. Auch die wachsende internationale Marginalisierung der Rebellengruppe fördert nach Ansicht

von Beobachtern die Eskalation der Gewalt – am 29. Mai hatte die Europäische Union die LTTE auf ihre Terrorliste gesetzt und die Konten der Tamilen-Tiger eingefroren. Jehan Perera, Direktor des Nationalen Friedensrates in Colombo: „Wenn die Rebellen wirtschaftlich und politisch weiter isoliert werden, bleibt ihnen am Ende nur eine Option: der Krieg.“ Bereits seit vergangenem Sommer zeichnet sich ab, dass die Rebellen eine Verschärfung des Konflikts provozieren wollten – damals wurde Sri Lankas Außenminister Kadirgomer von Heckenschützen erschossen. Bei der letzten Runde der Friedensgespräche in Oslo wollten die Vertreter der LTTE nicht einmal mehr mit den Regierungsemissären sprechen. Seit 23 Jahren spaltet der Konflikt das Land, über 65 000 Menschenleben hat er bereits gekostet. Wegen der diversen tamilischen Splitterfraktionen neben der LTTE, die sich kaum noch an die vereinbarte Feuerpause halten, wird die Lage im Norden immer unübersichtlicher. „Es ist kaum noch zu erkennen, wer da auf wen schießt“, sagt ein europäischer Entwicklungshelfer.